# Pressespiegel

**Ausgabe: 18.01.2019**

Niederrhein DGB


# Wo ist die Zukunft der Menschen in der Landwirtschaft?

Harald Schaum, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU
Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

**Grüne Woche**
Frankfurt am Main, 17.01.2019
Auf der am Freitag startenden Grünen Woche präsentiert die Ernährungs- und Landwirtschaft neue Trends und wirbt um ein besseres Image der Branche. Inzwischen sind Tierwohl, Nachhaltigkeit und faire Produktion in Entwicklungsstaaten selbstverständliche Themen der Leistungsschau. Doch was ist eigentlich mit der fairen Produktion hierzulande?
Vergeblich sucht man dazu Informationen auf der Messe. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt ruft daher die Besucher auf, bei den Ausstellern nachzuhaken, wie es eigentlich den Beschäftigten in der Landwirtschaft ergeht.
„Mit den Arbeitsbedingungen, wie sie in vielen Landwirtschaftsbetrieben heute immer noch üblich sind, kann die Branche sicher keinen Marketingpreis gewinnen und schon gar nicht die dringend notwendigen Arbeitskräfte. Kein Wunder, dass die Grüne Woche die wirklichen landwirtschaftlichen Arbeitsbedingungen nicht präsentiert“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum. „Verschweigen nützt aber nichts. Nur, wenn Missstände offen angesprochen werden, können sie angepackt und verbessert werden.“
Die IG BAU fordert, die Arbeit der Beschäftigten in der Landwirtschaft stärker wertzuschätzen. Dazu muss die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU für die Durchsetzung von Verbesserungen genutzt werden. Spätestens ab der kommenden Förderperiode 2020 muss etwa die Zahlung von Subventionen davon abhängen, dass Betriebe die europäischen Regeln des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einhalten. Gleichzeitig muss deren Einhaltung deutlich schärfer kontrolliert werden.
Außerdem muss die Aus-, Fort- und Weiterbildung von landwirtschaftlich Beschäftigten verbindlich in die nationalen Förderpläne aufgenommen werden. Selbstverständlich müssen Saisonkräfte aus dem EU-Ausland, die hierzulande bei der Ernte helfen, die gleichen Rechte haben, wie hiesige Beschäftigte. Damit sie diese Rechte kennen und einfordern können, müssen Beratungsstrukturen in Deutschland und den Entsendeländern ausgebaut und dauerhaft finanziert werden.